

**SCHWEIZER**  
**FREISINN**

**Gemeinsam weiterkommen.**

**Fokus**  
**Klima und**  
**Umwelt**

**Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch**

Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Dafür werden viele motivierte und einsatzbereite Freisinnige am Haustürwahlkampf des teamFDP teilnehmen.  
Seite 3

**Foto-Rückblick auf die Bundesratswahlen**



Seite 15 bis 17

**Delegiertenversammlung Biel**

Die Delegierten der FDP haben am 12. Januar ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Ausserdem sagen sie Ja zur AHV-Steuerreform und zur Waffenrichtlinie.  
Seite 18 und 19

**Nein zur Zersiedelungs-Initiative**

Die Grünen betreiben mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen-Wahlkampf. Diese ist denn auch ebenso überflüssig wie unnützlich. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – lehnen Sie die radikale Zersiedelungs-Initiative am 10. Februar daher ab.  
Seite 22



**Nachhaltigkeit 2.0**

**Instrumente einer liberalen Umweltpolitik**

In der Zukunftsvision für die Schweiz bekennt sich FDP.Die Liberalen klar zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen: Wir wollen weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Dafür braucht es innovative, umsetzbare Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir zeigen Ihnen, wie das Klima und die Umwelt mit liberalen Instrumenten und ohne Verbote wirksam geschützt werden.

Seite 4 bis 8

# Inhalt

- 3 Wahlen 2019 / Door2Door
- 4 CO<sub>2</sub>-Gesetz –  
Lösung statt Empörung!
- 5 Klimapolitik 2.0 als Chance
- 6 Elektromobilität /  
Emissionsreduktion
- 7 Gebäudesanierung /  
Abfallwirtschaft
- 8 Nachhaltigkeit  
in Grossunternehmen
- 9 Page latine
- 10 RADIGAL
- 11 FDP Frauen
- 12 Jungfreisinnige
- 13 FDP International
- 14 FDP Service Public
- 15–17 Rückblick auf  
die Bundesratswahlen
- 18/19 Delegiertenversammlung Biel
- 20 Mentoringprogramm der FDP
- 21 AHV-Steuervorlage /  
Waffenrichtlinie
- 22 Nein zur  
Zersiedelungs-Initiative
- 23 Agenda und Parolenspiegel



## Von Tür zu Tür, von Mensch zu Mensch

Gemeinsam kommen wir weiter.

### Liebe Freisinnige

Es macht mir grosse Freude, auf das Jahr 2018 zurückzublicken. Wir sind nämlich seit 2018 die Partei mit den meisten gewählten Personen in den Kantons- und Regierungsräten. Und mit Karin Keller-Sutter haben wir eine Bundesrätin mit einem enormen politischen Leistungsausweis. Liebe Karin, ich danke Dir von ganzem Herzen, dass Du Dich in den Dienst von allen Menschen in der Schweiz stellst, damit wir als Land und Gesellschaft gemeinsam weiterkommen. Ich wünsche Dir für Deine Zukunft als Bundesrätin alles Gute, viel Kraft und vor allem viel Freude. Wir sind stolz darauf, dass Du unsere freisinnigen Werte im Bundesrat vertrittst!

Ich danke an dieser Stelle auch unserem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann noch einmal ganz herzlich für sein unermüdliches und langjähriges Engagement für die Schweiz. Lieber Hannes, ich wünsche Dir alles, alles Gute für die Zukunft!

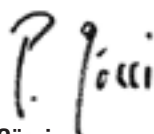
### Treten Sie dem Team FDP bei!

Doch nicht nur der Rückblick macht Freude, sondern auch der Ausblick. Denn nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung ist es endlich da, das Wahljahr 2019. Unser Ziel für die Wahlen ist klar: Wir wollen gewinnen und die SP überholen. Damit wir das erreichen, gehen wir von Tür zu Tür und sprechen mit den Menschen darüber, was sie beschäftigt. Dazu haben wir das Team FDP gegründet. Helfen auch Sie mit, kommen Sie mit uns auf die Strasse – melden Sie sich gleich an.

### Klimapolitik im Fokus

Auch in der Klimapolitik müssen wir endlich gemeinsam weiterkommen. Insbesondere nachdem das CO<sub>2</sub>-Gesetz von einer unheiligen Allianz der Linken und der SVP versenkt worden ist. Das Beispiel zeigt wieder einmal deutlich, dass es den Linken und der SVP wichtiger ist, an ihrer ideologischen Verbots- und Blockadepolitik festzuhalten, als sich konstruktiv für die Verbesserung der bewährten Instrumente der Klimapolitik im In- und Ausland einzusetzen. Das machen wir nicht mit! Die FDP will weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen, flexiblen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, mit der die Schweiz vorwärtskommt. Dazu haben wir in unserer Zukunftsvision für die Schweiz ein klares Bekenntnis abgegeben. In diesem «Freisinn» zeigen wir Ihnen in verschiedenen Beiträgen auf, wie eine liberale, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik aussehen soll. Ich wünsche Ihnen viel Spass bei der Lektüre!

### Liberale Grüsse

  
Petra Gössi

PS: Am 10. Februar stimmen wir über die überflüssige und unnütze Zersiedelungs-Initiative ab. Sagen Sie Nein zu dieser zentralistischen Vorlage, denn sie lässt die unterschiedlichen Bedürfnisse unserer vielfältigen Schweiz völlig ausser Acht.



Das Wahlkampfjahr 2019 hat begonnen, die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Ziel ist klar: Wir wollen die SP überholen. Die FDP setzt dafür 2019 auch auf den Door2Door-Wahlkampf. Wir bringen Ihnen das «Türchen» näher.

Gute Politik entsteht selten im stillen Kämmerlein, sondern indem wir den Fuss vor die eigene Tür setzen, zuhören und die Sorgen und Bedürfnisse aller Menschen aufnehmen. Diesen Gedanken setzt die FDP 2019 um und schlägt mit dem Door2Door-Wahlkampf neue Wege im Campaigning ein. Zwar haben Haustürbesuche beim Freisinn schon eine lange Tradition: Viele Kandidatinnen und Kandidaten klopfen seit Jahrzehnten erfolgreich an die Türen. Allerdings werden die beiden Massnahmen erstmals landesweit und in Kombination mit Datenanalyse eingesetzt. Zudem wollen wir nicht nur vereinzelt an die Türen gehen, sondern als Bewegung #teamFDP kollektiv den Dialog mit der Wählerschaft aufbauen.

**Warum Door2Door?**

Der Haustür-Wahlkampf ist mutig – Kandidatinnen und Unterstützer gehen an die Türen der Wählerinnen und Wähler und suchen den Dialog. Dass nicht alle an einem Gespräch interessiert sind, gehört dazu. Wir Kandidierenden können der Wählerschaft so aber zeigen, wie wichtig es uns ist, die

Menschen hinter diesen Türen zu verstehen und sich ihnen zu stellen. Wir FDP-Kandidierenden zeigen so unser Engagement und die gelebte Zusammengehörigkeit in der FDP. Damit die Öffentlichkeit das auch wahrnimmt, ist es wichtig, auf den sozialen (Hashtag #teamFDP) und in den klassischen Medien präsent zu sein.

**Was erhofft sich die FDP davon?**

Die Wählerinnen und Wähler sollen die FDP und ihre Kandidierenden persönlich kennen lernen können. Nach dem grossen Hype um Social-Media-Wahlkämpfe sind wir überzeugt, dass persönliche Nähe wieder mehr Wert hat. Und für uns Politikerinnen und Politiker ist es eine super Chance, ein direktes, ungefiltertes Feedback aus der Bevölkerung zu erhalten. Wie gut Tür-zu-Tür-Wahlkampf in der Schweiz funktioniert, wird sich erst noch zeigen. Im Ausland ist das Tür-zu-Tür-Campaigning aber vielerorts bereits ein bewährtes Instrument.

**Wo wird Door2Door 2019 eingesetzt?**

Im Vorfeld der nationalen Wahlen wird das Tür-zu-

Tür-Campaigning in Rahmen von Pilotversuchen bei kantonalen Wahlen in den Kantonen Zürich, Luzern und Basel-Landschaft sowie St.Gallen und Tessin getestet. Fallen die Erfahrungen vielversprechend aus, soll die Methode im Hinblick auf die nationalen Wahlen landesweit zum Einsatz kommen.



Impressionen von Door2Door-Workshops in Zürich...



und Luzern – das Team FDP ist schon hochmotiviert!

**Wer kann mitmachen?**

Alle Freiwilligen, die beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf mitmachen möchten, können sich über die Website <https://www.teamfdp.ch/> beim Generalsekretariat dafür anmelden. Dieses bietet Schulungen an, an denen man von Kampagnenexperten alles erfährt, was man als erfolgreicher Door2Door-Wahlkämpfer wissen muss – geübt werden etwa die Begegnung an der Tür und das Bedienen der dazugehörigen App. Informiert wird aber auch über den korrekten Umgang mit persönlichen Daten – ein urliberales Anliegen. Bei der Ortspartei wird dann das Kampagnenmaterial bezogen, und es werden die «Canvasser»-Teams gebildet, die dann gemeinsam losziehen und raus auf die Strasse gehen.



Werden Sie Teil des #teamFDP!  
Scannen Sie den Code mit Ihrem QR-Code-Reader auf dem Handy und Sie gelangen zur Website.



# CO<sub>2</sub>-Gesetz: Lösung statt Empörung

Wie die CO<sub>2</sub>-Debatte wirklich verlief

Was der Nationalrat beim CO<sub>2</sub>-Gesetz wirklich beschlossen hat: eine pragmatische Analyse der beschlossenen Ziele und Massnahmen mit Ausblick auf die weiteren Beratungen im Ständerat.

Die emotionalen Reaktionen nach der Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes im Nationalrat haben dazu geführt, dass der Blick auf das Wesentliche verloren ging. Nämlich, dass die vom Nationalrat beschlossenen Massnahmen im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz klar wirkungsstärker gewesen wären als jene im aktuellen CO<sub>2</sub>-Gesetz. Das beweist die pragmatische Analyse im folgenden Abschnitt. Der emotionale Streit über das fehlende, übergreifende Inlandziel ist völlig übertrieben und zeigt, dass die Linken im Wahlkampfmodus stecken: #Klimawahl. Klimanationalismus statt Gesamtsicht. Problembewirtschaftung statt Lösungsfindung – schade. Rot-Grün hat im Seitenwagen der SVP das CO<sub>2</sub>-Gesetz versenkt und nicht die FDP. Das ist Fakt.

## Beschluss des Nationalrates

Der FDP wurde im Nachgang der intensiven Debatte vorgeworfen, man habe das CO<sub>2</sub>-Gesetz so stark

verwässert, dass die Ablehnung des Geschäftes mitverschuldet war. Dabei ging bewusst vergessen, dass die Gesetzesvorlage nach der Beratung im Nationalrat diverse Beschlüsse beinhaltet, die nicht in unserem Sinne ausgefallen sind. So wurde am Schluss z. B. gegen unseren Willen die CO<sub>2</sub>-Abgabe fast verdoppelt. Trotzdem sind wir in der Gesamtabstimmung entgegengekommen und haben zugestimmt. Zur Übersicht wird in der blauen Box eine Auswahl von zehn Massnahmen aufgelistet, die nun aufgrund der Ablehnung nicht in Kraft treten.

## Exkurs: Flugticketabgabe

Eine Flugticketabgabe bewirkt als nationale Insellösung nichts, wie internationale Beispiele zeigen: Die Flughäfen London Luton, London Gatwick, Wien, Frankfurt, München, Kopenhagen usw. steigerten den Flugverkehr in den letzten Jahren trotz Flugticketabgabe massiv. Oder es kam einfach zu

Verlagerungen zu kostengünstigeren Flughäfen. Klimapolitisch ist die Wirkung darum gleich null. Der Luftverkehr ist global anzugehen, was mit dem internationalen Klimainstrument CORSIA bereits aufgegleist ist. Ein koordiniertes Vorgehen ist besser als Hauruckübungen im CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Christian Wasserfallen

## Wie weiter mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz?

Es bleiben vor allem drei grosse Streitpunkte, die allesamt sachlich zu diskutieren sind: das Inland-/Auslandziel, die Höhe der CO<sub>2</sub>-Abgabe und die Flugticketabgabe. Wir werden bei allen Themen konstruktiv mitarbeiten, damit das Pariser Klimaabkommen clever umgesetzt werden kann.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE

## Durch unheilige Allianz versenkte Massnahmen

### 8 Inlandmassnahmen

**Nr. 1:** Weiterführung der tiefen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte nach 2020 für Neuwagen (Personenwagen: 95 g CO<sub>2</sub>/km).

**Nr. 2:** Inlandziel für Gebäude (–50% bis 2030) und Ausbau der individuellen Zielvereinbarungen für Gebäudeeigentümer, wenn in die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses investiert wird.

**Nr. 3:** Ausweitung der nachweislich funktionierenden Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen, damit sie sich nach erfolgten Investitionen in den Klimaschutz von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien lassen können (vgl. Grafik).

**Nr. 4:** Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe von maximal 120 Franken/Tonne CO<sub>2</sub> auf 210 Franken/Tonne CO<sub>2</sub>.

**Nr. 5:** Verlängerung des Gebäudesubventions-

programmes des Bundes bis 2030 mit 450 Mio. Franken pro Jahr.

**Nr. 6:** Erhöhung der Treibstoffkompensation im Inland (mind. 20% bis max. 90%).

**Nr. 7:** Maximale Treibstoffpreiserhöhung von 8 Rappen pro Liter für Kompensationsmassnahmen (statt 5 Rp. wie heute).

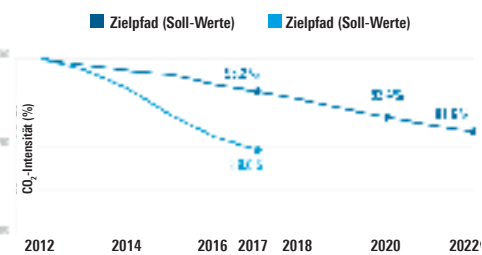
**Nr. 8:** CO<sub>2</sub>-Verminderungsleistung von Wald oder anderen Lösungen werden berücksichtigt.

### 2 Auslandmassnahmen

**Nr. 1:** Koppelung mit dem Europäischen Emissionshandelssystem für Klimazertifikate inkl. Einbindung der Luftfahrt.

**Nr. 2:** Anrechenbarkeit von ausländischen CO<sub>2</sub>-Reduktionen nach Regelwerk des Pariser Abkommens (internationale Bescheinigungen).

## CO<sub>2</sub>-Intensität der Unternehmen mit Zielvereinbarung\* (in %)



\*CO<sub>2</sub>-Intensität: Die ausgestossene Menge CO<sub>2</sub> pro produzierte Energieeinheit  
Quelle: Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Unternehmen im Zielvereinbarungssystem übertreffen ihre Emissionsreduktionsziele auch in der aktuellen Verpflichtungsperiode deutlich und liegen bereits 2017 unter dem Zielwert von 2020. Gegenüber dem Stand von 1990 haben sie ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um über 30 Prozent reduziert.



# Klimapolitik 2.0 als Chance begreifen

Für Klimaschutz im In- und Ausland

Die UNO-Klimakonferenz von Katowice hat es gezeigt: Die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad über ein globales Regelwerk muss möglichst rasch in Angriff genommen werden. Offen bleibt in vielen Staaten, wie ehrgeizig sie den Weg zum Ziel gehen werden. Es liegt nun am Ständerat aufzuzeigen, wie die Schweiz diesen Weg chancenreich begehen kann.

Sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Inland um 40 Prozent gesenkt werden? Oder um 50? Um 60 Prozent? Oder braucht es gar kein minimales Inlandziel? Weil sich der Nationalrat in dieser und weiteren Fragen nicht einig wurde, hat er nach zehnstündiger Debatte die Teilrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes bachab geschickt. Dies hat in der Bevölkerung, bei Umweltverbänden und selbst im Parlament eine grosse Unzufriedenheit ausgelöst, um Kompromisse zu finden und neue Vorschläge zu erarbeiten.

## Die Schweiz soll Verantwortung übernehmen

Gerne weisen wir Schweizer darauf hin, dass unser Land zu den zwanzig grössten Wirtschaftsnationen der Welt gehört und dass wir bezüglich Direktinvestitionen sogar zu den Top 5 gehören. Weniger

gerne sagen wir aber, dass unser Land der weltweit sechstgrösste Verursacher von Treibhausgasen wäre, würden die in der Schweiz verwalteten Finanzflüsse mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verknüpft und uns angelastet. Es ist offensichtlich: Die Schweiz ist in der Pflicht, und zwar im Inland wie im Ausland. Eine auf «Win-Win» fokussierte Klimapolitik sollte deshalb vor allem zwei Aufgaben erfüllen: Sie soll Massnahmen umsetzen, die sich schon mit

heutigen Technologien lohnen. Und sie soll durch Forschung und Entwicklung Massnahmen fördern, damit diese auch unter Einrechnung der Klimafolgekosten wirtschaftlich werden und weltweite Anwendung finden. Der Bundesratsvorschlag für das CO<sub>2</sub>-Gesetz konzentriert sich auf Inlandemissionen plus Auslandkompensation. Weitere Hebel werden nicht genutzt. Solche ins Gesetz aufzunehmen, scheint angesichts der heutigen Ausgangslage nicht unmöglich.

## Neue Vorschläge sind nötig

Für uns Liberale ist klar: Eine simple Fortschreibung der heutigen Klimapolitik greift zu kurz. Sie lässt auch die neuen Erkenntnisse der Klimawissenschaften völlig ausser Acht. Zudem orientiert sich eine solche Politik viel zu wenig an den Chancen, die wir als Innovationsnation wahrnehmen sollten.

Deshalb sollten sieben weitere Möglichkeiten näher geprüft werden. Dazu gehören die Flugticketabgaben, Anrechenbarkeit der CO<sub>2</sub>-Reduktionen in der ausländischen Wertschöpfungskette von Schweizer Unternehmen, Instrumente zur Reduktion von Risiken inländischer und weltweiter Klimaschutz-Investitionen, die Transparenz und Reporting von Klimarisiken und -wirkung im Bereich institutioneller Anleger und Unternehmen, sowie die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der Festlegung von Eigenmittelquoten im Finanzsektor. Zudem soll der Innovationswettbewerb angekurbelt und eine verursachergerechte Finanzierung der ohnehin zu leistenden internationalen Klimafinanzierung geprüft werden.

## Klimaschutz im In- und Ausland

Klar ist: Wenn Auslandszertifikate nicht garantiert echten Emissionsreduktionen entsprechen, soll sich die Schweiz diese auch nicht anrechnen. Gleichzeitig soll die Schweiz bilaterale Verträge abschliessen, damit keine Doppelanrechnungen möglich sind. Als Hochtechnologieland mit vielfältigen Handelsbeziehungen und einem erstklassigen Finanzplatz besitzen wir wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen. Anhand dieser Chancen und diverser Massnahmen zeigt sich eindeutig: Die Schweiz muss Klimaschutz sowohl im In- wie auch im Ausland betreiben!

**Damian Müller, Ständerat LU**

«Die Schweiz besitzt wichtige Hebel, um auch im Ausland massgeblich zum Klimaschutz beizutragen.»

### Elektromobilität

# Libérale Rezepte zur Förderung der Elektromobilität

Die Mobilität befindet sich im Wandel. Vernetzung und Digitalisierung schreiten voran, neue Mobilitätskonzepte und Akteure drängen in den Markt, und so verschärfen sich die Zielvorgaben zur Emissionsreduktion im Verkehr. Als zentrales Element dieser Veränderungen gilt der elektrische Antrieb. Dessen Förderung sollte mittels liberaler Rezepte erfolgen.

Obschon sich vieles ändern wird: Das Auto bleibt auch in Zukunft der wichtigste Verkehrsträger. Künftig wird der Antrieb aber vermehrt elektrisch sein – Autoschweiz erwartet einen Anteil von 10 Prozent im Jahr 2020. Dieses Ziel ist ambitioniert. Die massiven Investitionen in die Entwicklung und die Herstellung von Elektroautos zeigen aber deutlich die Richtung. Die Elektromobilität wird eine wichtige Ergänzung des motorisierten Individualverkehrs. Dem wichtigsten Verkehrsträger gebühren angemessene Rahmenbedingungen: ein bedarfsgerechtes Strassennetz, bestmögliche Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Hierbei können wir auf einheimisches Schaffen und Schweizer Produkte setzen. Die aargauische ABB ist Weltmarktführer im Schnellladebereich, diverse lokale und überregionale Energieversorger und der TCS bieten Ladedienstleistungen an.

### Entbürokratisierung fördert die Elektromobilität

Weder Subventionen noch Sonderrechte sind nötig, um die Elektromobilität zu fördern. Nötig sind ein unbürokratischer und hindernisfreier Aufbau der Ladeinfrastruktur, die Klärung der Regulierungskompetenzen für neue Angebote sowie eine erleichterte Einführung von neuen Mobilitätskonzepten. Auch im Langsamverkehr findet eine Elektrifizierung statt. Heute ist die Benutzung der meisten fahrzeugähnlichen Geräte auf öffentlichem Grund verboten. Das ist ein Beispiel für realitätsfremde Regulierung.

### Klimaziele im Verkehr

Die Emissionsvorgaben an die Autobranche sind sehr sportlich. Die Flottenziele in Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoss für das nächste Jahrzehnt sind ohne eine markante Zunahme an Steckerfahrzeugen nicht zu

erreichen. Die Umweltbilanz wird mit dem elektrischen Antrieb noch einmal verbessert. Durch den weltweiten Zubau an erneuerbaren Energiequellen wandelt sich das Auto vom Saulus zum Paulus. Die



Thierry Burkart

Mobilität auf vier Rädern wird auch ohne Nutzungseinschränkungen die Klimaziele des Bundes erreichen. Dafür braucht es aber keine sozialistischen Rezepte, sondern liberale.

**Thierry Burkart, Nationalrat AG, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen**

### Wie die Schweiz mit Exporttechnologie ihre ehrgeizigen Klimaziele erreicht

# Innovative Schweizer Lösungen zur Emissionsreduktion

In der Schweiz nehmen die Treibhausgasemissionen seit 1990 stetig ab. In den asiatischen Schwellenländern, mit ihrem Hunger nach Infrastruktur, Industrie und Arbeitsplätzen, wachsen sie dagegen am stärksten. Unbestrittenermassen befindet sich das grösste Potenzial für die Einsparung von Treibhausgasen ausserhalb der Schweiz.

Das 2015 beschlossene Pariser Übereinkommen hält gerade für Länder wie die Schweiz eine liberale Lösung für den grenzüberschreitenden Klimaschutz bereit. So können die inländischen Einsparungen um ein Vielfaches übertroffen werden.

Und so funktioniert es: Unternehmen liefern Engineering und Ausrüstung beispielsweise für die Totalerneuerung eines bestehenden thermischen Kraftwerks in einem Schwellenland. Mit bis zu 50 Prozent höherer Effizienz werden Einsparungen von Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Anlage erreicht. Allerdings fallen dabei erhebliche Mehrkosten an. Gemäss Pariser Übereinkommen wird dem Expor-

teur bzw. dem Exportland ein Teil der eingesparten Emissionen in Form von handelbaren Zertifikaten gutgeschrieben. Durch deren Verkauf werden die Mehrkosten gedeckt und die Realisierung ermöglicht – für Klimaschutz, Arbeitsplätze und nachhaltige Entwicklung ein idealer Weg.

### Export von Effizienztechnologien fördern

Was muss die Politik dazu beitragen? Im Zuge der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes soll der Export von Effizienztechnologien als prioritäre Massnahme verankert werden. Der Bund soll, gestützt auf das Pariser Übereinkommen, die Anerkennung und An-

rechnung solcher Exporte vorantreiben. Schliesslich soll der Bundesrat mit geeigneten Partnerländern Kooperationsvereinbarungen abschliessen und Investitionssicherheit für diese Exporte schaffen.



Urs J. Näf

**Urs J. Näf, FDP Kanton Bern, Mitglied der Fachkommission Umwelt**

## Gebäudepark Schweiz

## Libérale Instrumente für ökologische Sanierung des Gebäudeparks

Um die CO<sub>2</sub>-Belastung zu senken, müssen die Gebäude in der Schweiz ökologisch saniert werden. Dazu stehen heute zwar gute Anreizinstrumente zur Verfügung, doch künftig sollen vermehrt marktwirtschaftliche Modelle in den Fokus rücken.

Der Gebäudepark Schweiz verantwortet einen Anteil von rund 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Gesamtbelastung. In Zahlen bedeutet dies ca. 13 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Gemäss Vorgabe des Bundesrats sollte der Emissionswert von 1990 bis ins Jahr 2030 halbiert werden. Machbar, weil bei Neubauprojekten kaum noch Ölheizungen verbaut werden und sie besser isoliert sind. Entsprechend sind sie bezüglich CO<sub>2</sub>-Belastung unproblematisch. Die grosse Herausforderung ist der bestehende, veraltete Gebäudepark.

### Lösungen sind vorhanden

Die heutigen gesetzlichen Vorgaben und die Innovationsdynamik im Markt sind eine gute Basis zur Meisterung dieser Herausforderung. Heizungen werden spätestens alle 25 Jahre ersetzt. Dank der

technologischen Entwicklung sind effiziente Produkte mit grossem Anteil an erneuerbarer Energie auf dem Markt. Ich unterstütze zudem die Umsetzung der Musterenergie-Verordnung der Kantone (MuKE), wonach bei einem Ersatz von fossilen Heizungen künftig ein Anteil von 10 Prozent mit erneuerbarer Energie vorhanden sein soll.

### Marktwirtschaftliche Modelle

Für die Sanierung der Gebäudehülle stehen heute die Subventionen des Gebäudeprogramms zur Verfügung. Ein gutes Anschubinstrument, das aber langfristig durch marktwirtschaftliche Modelle wie Zielvereinbarungssysteme ersetzt werden soll. Denkbar ist, dass Hauseigentümer oder Quartiere diese Absenkverpflichtung als Zertifikat verkaufen könnten oder von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreit werden.

Zudem hat sich die FDP bei der Energiestrategie 2050 erfolgreich für die Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von ökologischen Investitio-



Peter Schilliger

nen und der Rückbaukosten eingesetzt. Mit letzterem steigt der Anreiz einer Gesamterneuerung von bestehenden Gebäuden. Dies wäre ökologisch am sinnvollsten, weil so die bestehende Infrastruktur am besten genutzt wird.

**Peter Schilliger, Nationalrat LU**

## Kreislaufwirtschaft

## Kreislaufwirtschaft: der Königsweg zur Nachhaltigkeit

Wirkliche Nachhaltigkeit wird nicht durch Konsumverzicht und Beschränkungen der Ressourcennutzung erreicht. Es braucht dazu tatsächlich nur zwei Dinge: genug (erneuerbare) Energie und geschlossene Stoffkreisläufe. Neue Schweizer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft verdienen deshalb Unterstützung.

Es gilt heute als modisch, unser Leben mit «ökologischen Fussabdrücken» auszumessen. Resultat: Wir leben auf viel zu grossem Fusse, d. h. wir verbrauchen mehr Energie und Ressourcen, als der Planet auf Dauer liefern kann. Schlussfolgerung ist dann meistens, dass wir weniger konsumieren, nicht mehr fliegen, vegetarisch leben etc. sollten. Diese Folgerung ist kurzsichtig, denn sie geht davon aus, dass wir Stoffe nur einmal brauchen und dann irgendwo als «Abfälle» ablagern. Anstatt den Konsum einzuschränken, was Rezessionen und Wohlstandseinbussen auslöst, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen, d. h. aus «Abfällen» wieder nutzbare Ressourcen machen.

Vergleichen Sie einen sibirischen Tundra-Wald mit einem brasilianischen Regenwald. Beide sind nachhaltig (wenn man sie nicht abholzt!). Der Regenwald verbraucht ein Hundertfaches an Energie

und Stoffen. Er ist dennoch nachhaltig, weil seine Stoffkreisläufe geschlossen sind, und weil er genug Sonnenenergie erhält, um seine Biomasse zu produzieren und umzusetzen.

### Bahnbrechende Technologien

Nun tönt das Gebot «Stoffkreisläufe schliessen» freilich wie «I have a dream», eine Utopie. Und doch bietet die Technologie laufend neue Ansätze dazu. Rein technisch ist es heute schon möglich, jegliche Abfälle in einem Plasmaofen zu ionisieren, nach Atomen zu sortieren und dann daraus die reinen Elemente zurückzugewinnen. Wirtschaft-

lich ist das natürlich noch lange nicht. Aber es ist heute bereits wirtschaftlich, Gold und weitere Wertstoffe aus Kehrtrichtschlacke zurückzugewinnen! Es ist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit, Phosphor aus den Klärschlämmen von Abwasserreinigungsanlagen zurückzugewinnen. Die Schweiz könnte so in der Versorgung mit diesem (lebenswichtigen) Element autark werden. Dasselbe gilt für Zink, welches aus den Filterstäuben von thermischen Prozessen in reiner Form zurückgewonnen werden kann.

Solche Projekte sind zukunftsweisend und verdienen die Unterstützung der Politik. Sie zeichnen den Königsweg zu einer nachhaltigen Wirtschaft vor – ohne freiheitsbeschränkende und wirtschaftsschädigende Eingriffe.

**Dr. Jürg Liechti**

FDP SO, Mitglied der Fachkommission Umwelt

«Anstatt den Konsum einzuschränken, sollten wir schlicht die Stoffkreisläufe schliessen.»

## Fokus Klima und Umwelt

Viele Versicherer und andere Grossunternehmer fördern bereits heute sehr aktiv den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.



# Klimapolitik und die Versicherungswirtschaft

## Nachhaltigkeit in Grossunternehmen

Der Klimawandel gehört zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die Versicherungswirtschaft ist davon stark betroffen. Es braucht deshalb entschlossenes Handeln in Wirtschaft und Politik.

Die Versicherungswirtschaft hat den Klimawandel bereits vor dreissig Jahren als Risiko erkannt. Für die Schweiz bedeutet Klimawandel mehr Hitzetage, trockene Sommer, heftige Niederschläge und schneearme Winter. Das hat nicht nur massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft; zunehmende Naturrisiken führen auch zu höheren Versicherungsschäden.

### Weitreichende Klimapolitik

Eine weitreichende Klimapolitik zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis hin zur Dekarbonisierung ist unumgänglich. Die Versicherungswirtschaft befürwortet deshalb die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegen-

über 1990 um 50 Prozent zu reduzieren, ebenso wie ein 85-Prozent-Reduktionsziel (bzw. Netto-Null-Emissionen) bis 2050.

### Was tun die Versicherungen?

Zahlreiche Versicherer verzichten heute bereits auf Geschäfte, die zu grossen Umweltschäden führen, oder erlauben diese nur unter strengen Qualitätskriterien. Ein aktuelles Beispiel ist die Versicherung von Kohlerisiken. Versicherer wie Allianz, Generali, Swiss Re oder Munich Re haben diese stark eingeschränkt und fördern so auch den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Auch bei nachhaltigen Kapitalanlagen nehmen Versicherer eine führende Rolle ein. Swiss Re bei-

spielsweise bezieht Umwelt-, Sozial- und Governance-Benchmarks systematisch in ihre Anlageentscheidungen ein. Damit unterstützen Kapitalanleger eine nachhaltige Unternehmenspolitik, mindern Risiken im Portefeuille und sichern sich langfristig höhere risikobereinigte Renditen. Nachhaltigkeit wird damit zum Kern erfolgreicher Unternehmensführung.

### Ambitionierte Ziele setzen

Unterstützend brauchen die Unternehmen aber auch die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Viele Länder haben sich ambitionierte und verbindliche Emissionsziele gesetzt. Deshalb unterstützt auch der Versicherungsverband ein Inlandziel für die Schweiz – in Ergänzung zu Reduktionen im Ausland.

Ein solches Ziel unterstreicht die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Verpflichtung und erleichtert die Planbarkeit – zumal die Ausgestaltung des Emissionshandels nach der letzten Klimakonferenz unklar bleibt. Ausserdem werden die Preise für Zertifikate künftig steigen, denn die Länder, in denen sich bisher Emissionsreduktionen «einkaufen» liessen, müssen diese vermehrt selber nutzen.

### Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen

Für die Schweiz und ihre Unternehmen bietet die Dekarbonisierung deshalb Chancen: kostengünstige Reduktionspotenziale in den Bereichen Gebäude und Verkehr realisieren, die Transformation des Energiesystems vorantreiben, unternehmerische Innovationskraft stärken und inländische Wert-



Beat Habegger

schöpfung schaffen. Mittels einer weitreichenden Politik lässt sich der Klimawandel damit letztlich – neben allen zu bewältigenden Risiken – als positive Kraft zur Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

Beat Habegger, Kantonsrat ZH



Photo: Olivier Maire



## Anne-Laure Couchepin Vouilloz

Série – Mon engagement politique

Concilier vie de famille et carrière professionnelle, c'est le grand défi de nombreuses femmes en Suisse. A l'occasion d'une soirée consacrée aux femmes leaders de Suisse romande, mon intérêt s'est porté ce soir-là sur la nouvelle présidente de la ville de Martigny (Valais) et fille de l'ancien conseiller fédéral valaisan. Anne-Laure Couchepin Vouilloz fait partie de ces femmes possédant une main de fer dans un gant de velours. Une femme décrite comme discrète mais qui pourtant, lorsqu'on l'aperçoit face à un auditoire, occupe remarquablement l'espace. Une prestance, un regard franc et bienveillant, une facilité d'expression à en faire des envieux, mais aussi un sourire communicatif. C'est ça Anne-Laure Couchepin Vouilloz, un mélange de force et d'empathie.

**En 2008 vous lanciez votre carrière politique avec une élection au conseil communal. Qu'est-ce qui vous a poussé précisément à vous engager?** L'envie de pouvoir modifier des choses là où j'habite. J'allais commencer à exercer comme avocate et j'avais un enfant en bas âge. Ma vie se bâtissait tranquillement à Martigny. Je trouvais que c'était le bon moment pour m'investir pour ma commune. Les citoyens m'ont alors donné cette chance.

**Politicienne et maman. Est-ce bien compatible dans la société actuelle?** C'est très compliqué. Sans place d'accueil, nous ne pouvons tout simplement pas travailler. Mais ma plus grosse désillusion a été de constater que même avec une place en structure pour son enfant, la coordination famille/travail/po-



Mon engagement politique: Mère, femme et présidente.

litique reste complexe. J'avais conclu que tout deviendrait plus simple, mais cela est faux. Je reste en perpétuelle tension face aux contraintes des horaires et des imprévus. J'ai aussi énormément de sollicitations le soir, ce qui n'est pas idéal par rapport aux enfants. Le temps libre passe souvent à la trappe.

**Lors de cette soirée, vous avez fait référence au soutien de votre époux. Vous dites de lui qu'il est le «maillon fort». Pensez-vous que la disponibilité des femmes en politique passe par ce binôme? Les modèles de garde actuels sont-ils conformes aux attentes des deux parents qui souhaitent travailler, s'engager dans la vie associative, tout en s'impliquant dans l'éducation de leurs enfants?** La politique demande beaucoup de disponibilité, et à horaires variables. Les structures d'accueil ne peuvent guère offrir cette souplesse. Il est dès lors nécessaire de pouvoir compter sur quelqu'un d'autre et d'accepter de lui faire confiance.

Je pense aussi qu'il est encore mal vu, dans certains milieux, de demander à travailler à temps partiel pour s'occuper de sa famille. Pourtant, une grande majorité des emplois pourraient se concevoir à pourcentage réduit, y compris les postes de cadre ou de dirigeant. Une meilleure répartition des charges familiales au sein du couple parental est une piste. Encore faut-il que les deux personnes le veuillent!

**Que diriez-vous aux femmes qui hésitent aujourd'hui encore à s'engager? Et pourquoi choisir de rallier le PLR?** La politique, s'est avant tout un débat d'idée et des réflexions pour améliorer le quotidien de tous. Pour moi, le PLR représente une manière de réfléchir, libre et sans préjugé en se basant sur l'idée que chacun peut être le moteur de sa vie et de la société. C'est assez enthousiasmant.

**C'est quoi le vrai secret de Madame la présidente pour être performante?** De fréquemment rencontrer des gens d'horizons différents, ce qui permet de bousculer la pensée unique et les certitudes.

Propos recueillis par Karine Barras  
porte-parole

Auch 2019 werden sich die Mitglieder von RADIGAL für die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht einsetzen.



## Gleichstellung – auch für uns?

Jahresbericht und Ausblick



Das vergangene Jahr war für RADIGAL im positiven Sinn ein bewegtes: Gründung der Sektion Romandie, Erweiterung des Vorstands, Erstellung einer Imagebroschüre in zwei Sprachen sowie eine Website im neuen FDP-Design. Auch politisch kann das vergangene Jahr aus Sicht von RADIGAL als Erfolg verbucht werden, wurden in Sachen Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) doch einige Fortschritte erzielt.

Wie für die FDP und die Jungfreisinnigen stehen in diesem Jahr auch für RADIGAL die bevorstehenden Nationalratswahlen im Zentrum. In diesem Zusammenhang will RADIGAL der Ansprechpartner für Nationalratskandidatinnen und -kandidaten für Fragen rund um das Thema LGBTI sein. Das noch junge Jahr bietet zudem die Möglichkeit, einen Rückblick auf das vergangene und einen Ausblick auf das anstehende Jahr zu wagen. Bei RADIGAL hat sich viel bewegt. Diesen Schwung wollen wir ins neue Jahr mitnehmen!

### RADIGAL gestärkt

Den Auftakt für das vergangene Jahr bildete die Generalversammlung am 17. März 2018 in Lausanne. Wurde doch die Sektion Romandie gegründet und der Vorstand mit Jacques Douzals (Genf/GE), Michel Tschank (Biel/BE) und Michael Lindenmann (Wil/SG) erweitert sowie eine Imagebroschüre in deutscher und französischer Sprache präsentiert. Überdies erhielt RADIGAL eine Website im neuen FDP-Design. Hierdurch konnte die Wahrnehmung

von RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen verbessert werden.

### Pride Parades als Highlights

Im Jahreskalender von RADIGAL haben die Pride Parades ihren festen Platz. Im vergangenen Jahr fanden die Demonstrationstage am 2. Juni 2018 in Lugano und am 16. Juni 2018 in Zürich unter dem Motto «SAME LOVE = SAME RIGHTS» bei bestem Wetter und unter reger Beteiligung von RADIGAL-Mitgliedern statt. Die Anwesenheit von Bundesrat Ignazio Cassis in Lugano und von Nationalrätin Doris Fiala in Zürich war aus Sicht von RADIGAL ein starkes Zeichen der Unterstützung.

### Kleinere und grössere Schritte

Auch auf dem politischen Parkett hat sich in Sachen Gleichstellung von LGBTI einiges getan. So beschloss die Bundesversammlung am 14. Dezember 2018, neu auch Aufrufe zu Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe zu stellen. Beim Thema «Ehe für alle» ging

es in kleineren Schritten vorwärts. Auch wenn für RADIGAL die vollständige Öffnung der Ehe das endgültige Ziel sein muss, stehen wir hinter dem Grundsatzentscheid der Rechtskommission des Nationalrats, die Öffnung des Rechtsinstituts Ehe in zwei oder mehr Etappen anzugehen. Auch das Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative am 25. November 2018 war ein deutliches Zeichen für Minderheitenschutz und gegen Diskriminierung.

### Volles Programm

Für das neue Jahr stehen die Eckpunkte grosso modo fest: Am 22. März 2019 findet die Generalversammlung in Olten statt, und am 15. Juni 2019 geht es für die Mitglieder von RADIGAL traditionsgemäss an die Pride Parade in Zürich. Als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen wird RADIGAL die nächsten Schritte die «Ehe für alle» betreffend weiterhin aktiv mitverfolgen und nötigenfalls Einfluss nehmen. Gegen den Beschluss der Bundesversammlung vom 14. Dezember 2018 hat die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) das Referendum ergriffen. Sollte es zustande kommen, wird sich RADIGAL in den Abstimmungskampf einbringen. Die Arbeit geht uns also nicht aus!

Mehr Informationen unter [www.radigal.ch](http://www.radigal.ch)

**Michael Lindenmann**  
Vorstandsmitglied RADIGAL

# Mit Frauenpower ins neue Jahr

FDP.Die Liberalen Frauen stärken – auch im Engadin

Was im September 2018 in St. Moritz erfolgreich begonnen hatte, wollten die FDP.Die Liberalen Frauen im neuen Jahr weiterentwickeln und noch attraktiver gestalten. 55 Frauen, Männer und Netzwerkerinnen nahmen parteiübergreifend am 9. Januar 2019 am Anlass in Pontresina teil. Besondere Highlights waren die Referate von Daniel Gasteiger und Andreas Züllig zum sich wandelnden Tourismus.

Unter der Federführung von Nationalrätin Doris Fiala, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz, verfolgte der zweite parteiübergreifende Anlass das Ziel, Frauennetzwerke zu stärken und auch im Engadin noch mehr Frauen für die Politik zu begeistern. Frauennetzwerke im Engadin existieren bereits, wozu also ein Anlass, der politische Frauenförderung zum Ziel hat?

Die Gründung der ersten Sektion FDP.Die Liberalen Frauen Engadin sollte Frauen vermehrt motivieren, in die Politik einzusteigen. Wie in den meisten Kantonen sind Frauen in der freisinnigen Politik auch in Graubünden noch untervertreten. Die Gründung einer liberalen Engadiner Frauensektion startet mit ein paar motivierten Frauen und ist erst der Beginn. Nun beginnt die Knochenarbeit: Vernetzen, aufbauen, motivieren, begeistern!

## Mehr Frauen motivieren

Besonders freuten wir uns, dass auch die Präsidentin der CVP Frauen Schweiz, Babette Sigg, unter uns war, was Frauensolidarität über Parteigrenzen hinweg dokumentierte. Bereichert wurde die Veranstaltung zudem von der Anwesenheit der Präsidentin der FDP Frauen Graubünden, Anna-Margreth Holzinger, und von Vera Stiffler, welche für einen Sitz im Nationalrat für die FDP Graubünden kandidieren möchte. Noch ist allerdings die Nationalratsliste nicht offiziell abgesegnet, und längst nicht alle wichtigen Frauenpersönlichkeiten konnten am zweiten Anlass im Engadin erreicht werden.

Doris Fiala begrüßte rund 55 Gäste und bedankte sich herzlich bei den Gastgebern für die tolle Organisation und die grosse Unterstützung des anschließenden Netzwerk- Apéros. Fiala betonte in

ihrer Ansprache einmal mehr die zentrale Wichtigkeit von engagierten Frauen in der Politik. Es sollte gelingen, aus allen Kantonen Frauen bis nach Bundesbern zu fördern, auf allen Stufen, und gerade auch im National- und im Ständerat mehr Frauenvertretung zu erreichen! Die erste Präsidentin der FDP.Die Liberalen Frauen im Engadin, Petra Aeberhard, stellte sich vor und motivierte anwesende Frauen, beim frisch gestarteten Aufbau der FDP.Die Liberalen Frauen Engadin aktiv mitzuwirken. Sie stellte ihre zwei Vorstandskolleginnen vor und teilte mit, dass sie zusammen mit ihrem Team sehr motiviert sei, sich für die Anliegen der Frauen und für die Herausforderungen im Engadin einzusetzen.

## Herausforderungen für Tourismus

Daniel Gasteiger, VRP der Procvivis AG, Mitbegründer des Trust Square, des heute weltweit grössten Blockchain-Hubs mit 40 Start-ups und 250 Mitarbeitenden in Zürich, referierte zu den Möglichkeiten der Zukunftstechnologie Blockchain im Tourismus. E-Identity als Chance für das Engadin – Chancen auch für den Tourismus und die Hotellerie!

Das zweite Referat hielt Andreas Züllig, Präsident von Hotelleriesuisse und Hotelier auf der Lenzerheide. Züllig erörterte mit viel Hintergrundwissen die Herausforderungen des Tourismus und der Hotellerie sowie das Engagement seiner Branche im politischen Bundesbern. Der Anlass sollte dokumentieren, dass Bundesbern auch vom Know-how der unternehmerischen Bündnerinnen profitieren und dass Engadiner Frauenpower im Nationalrat Hoffnung für Tourismus und Hotellerie bedeuten könnte.

## Petra Aeberhard

Erste Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Engadin



Liberaler Frauenstärkung (von links): Chiara Lustenberger, Sylvana Pignatiello, Vera Stiffler, Theres Müller-Mirer, Doris Fiala (Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz), Anna-Margreth Holzinger und Petra Aeberhard (Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Engadin).



**Wir wollen mehr als die Wahlen gewinnen**

**Die Jungfreisinnigen im Wahljahr 2019**

Im Wahljahr 2019 haben auch die Jungfreisinnigen ehrgeizige Ziele. Die Partei soll weiterhin stark wachsen und ihre Kernthemen in der Öffentlichkeit verankern. Besonderes Augenmerk richtet der Jungfreisinn auf das Initiativprojekt zur Altersvorsorge.

«Wahltag ist Zahhtag.» Dieser einfache Spruch wird im Jahr 2019 verschiedentlich Gültigkeit erlangen: einerseits für Politikerinnen und Politiker, welche nach jahrelangem politischem Einsatz den (Wieder-)Einzug ins Parlament schaffen wollen, andererseits aber für alle Parteien im Parlament, die das Machtgefüge in ihre Richtung verschieben wollen.

Bei den Jungparteien ist das ein wenig anders.

Es liegt in der Natur der Sache, dass man als aussenparlamentarische Kraft nicht primär am Wahlerfolg interessiert ist. Der Erfolg einer Jungpartei kann nicht auf ein Wahlresultat minimiert werden, sondern misst sich unter anderem an der Fähigkeit, die für sie wichtigen Themen öffentlich zu besetzen, Kampagnen anzureissen (wenn möglich sogar zu «gewinnen») sowie die Mitgliederbasis auszubauen.

**«Die grösste Sorge der Schweizer Jugendlichen ist die Altersvorsorge.»**

**«Die Voraussetzungen könnten nicht besser sein – wir sind gut aufgestellt!»**

### **Ziel von 700 Neumitgliedern im Wahljahr**

Entsprechend haben wir auch unsere Ziele für das Wahljahr 2019 gesetzt. Wir wollen 700 Neumitglieder gewinnen (die Jungfreisinnigen zählen in einem «Nichtwahljahr» im Durchschnitt 1 Neumitglied pro Tag, was einem Wachstum von 10 Prozent entspricht). Dies erreichen wir dank sehr engagierten Mitgliedern der Jungfreisinnigen im Nationalratswahlkampf – entweder auf einer eigenen jungfreisinnigen Wahlliste oder auf der Liste der FDP – sowie einer schweizweiten Dachkampagne zu unseren Kernthemen: aussenpolitische Öffnung, Digitalisierung, demografische Entwicklung und individuelle Freiheit.

### **Initiativprojekt zur Altersvorsorge**

Der Zeitgeist hilft uns. Der CS-Jugendbarometer kommt zum Schluss, dass die grösste Sorge der Schweizer Jugendlichen die Altersvorsorge ist. Nachdem wir zweimal einen ungedeckten Ausbau der AHV erfolgreich an der Urne bekämpft haben, will die junge Bevölkerung endlich konkrete Massnahmen, die strukturelle Verbesserungen mit sich bringen. Unser Initiativprojekt beinhaltet diese Stossrichtung und wird einen wichtigen Beitrag zur Sanierung der Finanzierungslücke leisten.

### **Starke Vertretung im Parlament**

Um die Kantonalparteien optimal bei ihren Bemühungen zu unterstützen, haben wir wie vor vier Jahren eine finanzielle Unterstützung abhängig von der Listengrösse beschlossen. Weiter werden wir neben der Imagekampagne Kandidatinnen und Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen mit einer Dachkampagne unterstützen. In der zu Ende gehenden Legislatur gehören die drei jüngsten Ständeräte und mehrere junge Nationalräte den Jungfreisinnigen an – an diesen Erfolg wollen wir anknüpfen.

Die Voraussetzungen dafür könnten nicht besser sein: Während sich die JUSO und die JSVP in gewohnter Manier destruktiv zu wichtigen Zukunftsthemen wie der Europapolitik positionieren, öffnet sich so eine Flanke für uns, um die progressiven, liberalen jungen Kräfte in der Schweiz zu mobilisieren. Wir sind gut aufgestellt, diese Chance zu packen. Tun wir es!

**Andri Silberschmidt**  
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

# Liberal und weltoffen

## Die 5. Schweiz im Wahljahr

Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer werden die Wahlen im Herbst 2019 nicht alleine entscheiden. Aber sie können in vielen Kantonen das Zünglein an der Waage spielen. Wer sind sie? Wie ticken sie politisch und warum sind sie für die FDP eine lohnende Zielgruppe?

761 930 – so viele Schweizerinnen und Schweizer leben laut offiziellen Zahlen im Ausland. Damit wäre die 5. Schweiz der drittbevölkerungsreichste Kanton nach Zürich und Bern. Geografisch verteilt sich die 5. Schweiz zwar über den ganzen Erdball, aber mit über 60 Prozent entfällt der grösste Anteil auf Europa, insbesondere die Nachbarländer. De-

«Bisher punktete vor allem die SP in der 5. Schweiz – das muss nicht sein!»

mografisch wiederum sind die Menschen im Schnitt jünger und zählen mehr Frauen als die Bevölkerung zu Hause. Nicht zu unterschätzen ist der grosse Anteil sogenannter Expats: Leute, die einen Abschnitt ihres Lebens im Ausland verbringen, sei dies fürs Studium, weil sie für die Schweizer Ex-

portindustrie irgendwo auf der Welt tätig sind, oder weil sich ganz einfach die Liebe nicht an die Landesgrenze gehalten hat.

### Die politischen Rechte

Ihre politischen Rechte üben die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im letzten Wohnkanton aus. Bei den Nationalratswahlen verfügen sie in allen Kantonen über das aktive und das passive Wahlrecht, bei den Ständeratswahlen in den meisten Kantonen. Ihre Stimmbeteiligung liegt im Schnitt allerdings tiefer. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ab der zweiten Generation fällt sie aus naheliegenden Gründen, denn die politische Realität der Schweiz entfernt sich, während sich die Integration im neuen Land vollzieht – eine Entwicklung, die wir auch bei Secondos in der Schweiz feststellen und die ja durchaus zu begrüessen ist. Wichtig sind aber auch Hindernisse im Abstimmungsprozess. Oft kommen die Unterlagen einfach nicht rechtzeitig oder gar nicht an. E-Voting bleibt daher auch ein zentrales Anliegen dieser Wählergruppe, welche hier eine direkte Betroffenheit spürt. So ist denn die Beteiligung in jenen Kanto-



Roger Kölbener

nen, welche ihren Auslandschweizern diese Möglichkeit anbieten, auch nachweisbar grösser.

### Liberal und weltoffen

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer stimmen im Vergleich sowohl in gesellschaftlichen wie auch in wirtschaftspolitischen Fragen liberaler und weltoffener ab als die Zuhausegebliebenen. Ihr Smartspider verrät ein politisches Profil, für welches die FDP das richtige Angebot bereithält. Trotzdem konnte die SP in der Vergangenheit bei nationalen Wahlen überdurchschnittlich punkten bei den Stimmen der 5. Schweiz, sie ist dort gar die stärkste Partei. Das muss nicht sein!

«Liberal und weltoffen – das politische Profil der 5. Schweiz passt perfekt zur FDP.»

Als wichtigstes politisches Thema nennen ganze 47 Prozent der Auslandschweizer die Europapolitik (im Inland sind es die Gesundheitskosten). Auch das ist eine grosse Chance für die FDP, denn mit einer konstruktiven und fortschrittlichen Europapolitik, die einsteht für die Zukunft des bilateralen Weges, kann sie sich gerade auch bei den Auslandschweizern profilieren. Nicht zuletzt deshalb, weil die SP in dieser Frage ein Trauerspiel abliefern und sich unter dem Diktat der Gewerkschaften lieber zur SVP in den Schützengraben legt, als die Werte und Interessen der Schweiz zu verteidigen.



Anteil der im Ausland lebenden Schweizer nach Erdteil. ASO



Das politische Profil der Auslandschweizer. NZZ-Infografik

Roger Kölbener, Präsident FDP International



# Herausragendes Jahr für FDP Service Public

## Rückblick und Ausblick

Spannende Referate, hochkarätige Gäste, Besucherrekorde bei unseren Anlässen, ein neuer Vorstand sowie ein vielversprechender Ausblick aufs neue Jahr – bei der FDP Service Public ist etwas los.

Das Jahr 2018 zeichnete sich insbesondere durch zahlreiche hochkarätige Anlässe aus. Die Highlights waren dabei besonders der spannende Vortrag von Staatssekretärin Pascale Baeriswyl sowie der grossartige Auftritt des neuen FDP-Bundesrates, Ignazio Cassis. Staatssekretärin Baeriswyl führte uns in die spannende Welt der Diplomatie ein, und Bundesrat Cassis berichtete uns auf eine sehr persönliche und sympathische Weise von seinen ersten Monaten im Amt. So konnte er uns zahlreiche Themen aus einer Perspektive beleuchten, die vielen von uns vorher unbekannt war.

### Reges Interesse

Beide Anlässe waren ausserordentlich gut besucht. Bei Frau Baeriswyl waren über 50 Gäste anwesend, bei Bundesrat Cassis sogar mehr als 70 – es handelt sich somit um zwei der erfolgreichsten Ereignisse in der Geschichte unserer Vereinigung – Rekord!

Peter Fischer, Delegierter für die Informatiksteuerung des Bundes, war ein weiterer brillanter

Gast, der uns die Besonderheiten der Digitalisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung näherbrachte – auch dieser Anlass fand reges Interesse. Schliesslich konnten wir mit Martin Naville, Präsident der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, einen ganz besonders interessanten Referenten gewinnen, der uns die aktuellen Veränderungen in der US-Handelspolitik erläuterte und uns zudem sehr tiefe Einblicke in die US-Politik und das politische System der USA ermöglichte.

### Aus dem Vorstand

Das Vereinsjahr 2018 stand unter dem Zeichen der Konsolidierung, was mit dem Rücktritt unseres Präsidenten Beat Schlatter im März nicht ganz einfach war. Trotz dieses einschneidenden Ereignisses konnten wir verschiedene Veränderungen schnell vorantreiben. Dies hat beispielsweise zu neuen Mitgliedern im Vorstand geführt – wir sind froh, mit Jasmina Felicijan (FDP Zollikon) und Thomas Herzog (FDP Bezirk Rheinfelden) zwei weitere en-

gagierte Vorstandsmitglieder gefunden zu haben. Unser herzlicher Dank geht an Beat Schlatter, der unsere Vereinigung in den vergangenen 12 Jahren stets mit viel Herzblut geführt hat. Es ist auch seinem persönlichen Engagement zu verdanken, dass unsere Vereinigung nun breiter bekannt ist und eine solide Mitgliederbasis hat. Wir sind erfreut, dass uns Beat als Mitglied und Delegierter erhalten bleibt!

### Ausblick 2019

Das neue Vereinsjahr beginnt traditionellerweise mit dem Fraktionsapéro, für welchen wir dieses Mal Professor Karl-Heinz Paqué, Mitglied des FDP-Bundesvorstands Deutschland, gewinnen konnten – eine interessante Diskussion ist also gewiss! Weiter werden wir Markus Seiler, Generalsekretär des EDA, sowie Petra Gössi bei uns zu Referat, Diskussion und Apéro begrüssen – weitere spannende Anlässe und interessante Aktivitäten sind aktuell in Planung.

In diesem Jahr möchten wir unsere Vereinigung noch breiter bekannt machen, insbesondere auch den Umstand, dass eine Mitgliedschaft bei der FDP Service Public der Mitgliedschaft bei z.B. einer Ortspartei nicht entgegensteht – es handelt sich vielmehr um eine sinnvolle Ergänzung, die eine stärkere Vernetzung ermöglicht. Freisinnig eingestellte Personen mit einer aktuellen oder früheren



Daniel Seiler

Anstellung bei Bund, Kanton, Gemeinde oder staatsnahe Betrieb sind uns stets willkommen, wir freuen uns über neue Gesichter an unseren Anlässen, auf ein starkes Netzwerk und einen inspirierenden Meinungsaustausch – die aktuellen Aktivitäten und Kontakte sind auf unserer Website zu finden.

[www.fdp-servicepublic.ch](http://www.fdp-servicepublic.ch)

**Daniel Seiler**  
Präsident FDP.Die Liberalen Service Public



Nach der Medienkonferenz treffen sich alle drei FDP-Bundesräte und gehen gemeinsam zum Public Viewing, um mit der Bevölkerung anzustossen. An drei FDP-Bundesräte könnte man sich durchaus gewöhnen! (5. Dezember 2018, vor dem Medienzentrum des Bundes, Bern)

Rückblick auf die Bundesratswahlen 2018

## Eine historische Wahl

Mit Karin Keller-Sutter sitzt erstmals seit 30 Jahren wieder eine freisinnige Frau im Bundesrat. Sie ist eine würdige Nachfolge von Bundesrat Johann Schneider-Ammann und ein starkes Zeichen für die Frauen und für die Ostschweiz. Mit Stolz zeigen wir Ihnen einige der schönsten Momente der letzten Monate von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Ständerat Hans Wicki und Regierungsrat Christian Amsler und danken allen für ihr grosses Engagement für die FDP und die Schweiz.

*Fortsetzung auf Seite 16*



Am Morgen, an dem im Nationalrat sein Rücktrittsschreiben verlesen wird, sitzt Bundesrat Schneider-Ammann im Ständerat. Dieser wird von Karin Keller-Sutter präsidiert – und sie nimmt die Gelegenheit sogleich wahr, um ihn zu würdigen. (25. September 2018, Ständeratssaal, Bundeshaus)



Ein gut gelaunter Bundesrat Johann Schneider-Ammann scherzt mit Petra Gössi. Wenige Minuten später fängt die Delegiertenversammlung an. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)

## Rückschau Bundesratswahlen



Johann Schneider-Ammann beantwortet die Fragen der Journalisten zu seinem Rücktritt. Er überzeugt mit Schlagfertigkeit und Witz. Sein Spruch «Es geht mir gut – ich bin wach» ist mittlerweile legendär. (25. September 2018, Medienzentrum des Bundes, Bern)



FDP-Präsidentin Petra Gössi übt ihre Rede in der Küche des Kongresszentrums. Bundesrat Schneider-Ammann hat wenige Tage zuvor seinen Rücktritt bekannt gegeben. Sie wird ihm für seinen enormen Leistungsausweis danken, und die Delegierten werden es mit mehreren stehenden Ovationen belohnen. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)



Bundesrat Johann Schneider-Ammann lauscht gespannt den zahlreichen Dankesbotschaften, welche die Mitglieder der FDP-Liberalen Fraktion auf Video aufgenommen haben. (29. September 2018, Delegiertenversammlung in Pratteln BL)



Die Kandidatin Karin Keller-Sutter nimmt den Zug nach Winterthur an eine der drei Roadshows der FDP. Dabei wird sie von einem Team vom Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) begleitet. (12. November 2018, Intercity zwischen Bern und Winterthur)



Die drei Kandidaten warten auf ihren Auftritt an der Roadshow: Schaffhauser Regierungsrat Christian Amsler, Ständerätin Karin Keller-Sutter und Ständerat Hans Wicki (von links). (12. November 2018, Roadshow in Winterthur)



Nicht nur die Medien mögen Karin Keller-Sutter, sondern auch zahlreiche Fans wollen ein Selfie mit ihr. (12. November 2018, Roadshow in Winterthur)





Die drei Kandidaten sind zwar Konkurrenten und schenken sich nichts. Aber sie verstehen sich sehr gut und die Atmosphäre ist immer angenehm. (14. November 2018, vor der Roadshow in Yverdon)



Ständerat Hans Wicki stellt sich den Fragen der Journalisten, nachdem die FDP-Liberale Fraktion ihn und Karin Keller-Sutter für das Ticket nominiert hat. Das Medieninteresse kennt keine Grenzen. (16. November 2018, Bundeshaus)



FDP-Präsidentin Petra Gössi gratuliert Karin Keller-Sutter zu ihrer Nomination durch die FDP-Liberale Fraktion. Vor dem Sitzungszimmer warten die Medien auf ein Statement. (16. November 2018, Bundeshaus)



Volle Konzentration: Karin Keller-Sutter in den Minuten vor dem Hearing bei der SP. Sie weiss, von diesen Gesprächen hängt vieles ab. (4. Dezember 2018, Fraktionsbüro FDP, Die Liberalen, Bundeshaus)



Die strahlende Bundesrätin: Kurz nach der Wahl kommt Karin Keller-Sutter über die Treppe hinab in die Kuppelhalle. Draussen auf dem Bundesplatz wird sie bereits von vielen begeisterten Menschen erwartet. (5. Dezember 2018, Bundeshaus, Bern)



Ihr Mann Morten und die FDP des Kantons St. Gallen gehören im Bundeshaus zu den allerersten Gratulanten. Die Freude ist riesig. (5. Dezember 2018, Bundeshaus, Bern)



Auf dem Bundesplatz wird unsere neue Bundesrätin von zahlreichen Menschen freudig begrüsst. Sie trifft unter anderem ihre ehemalige Lehrerin. (5. Dezember 2018, Bundesplatz, Bern)



Karin Keller-Sutter nutzt eine der seltenen Verschnaufpausen und schaut sich ihre vielen Gratulationsbotschaften an. Wenige Minuten später geht es weiter in den «Rundschau Talk» im Fernsehen SRF. (5. Dezember 2018, Medienzentrum des Bundes, Bern)

Die Delegierten dankten Johann Schneider-Ammann spontan mit mehreren stehenden Ovationen.



# Auf Wiedersehen Johann Schneider-Ammann

Herzlich willkommen, Karin Keller-Sutter

Mehr Bilder  
auf  
[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Rund 350 Delegierte haben am 12. Januar 2019 ihren alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann würdig verabschiedet und die neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter herzlich willkommen geheissen. Neben diesem festlichen Teil fassten die Delegierten die Parolen für drei Abstimmungsvorlagen.

Sutter, herzlich empfangen. Sie verfügt über einen beispiellosen politischen Leistungsausweis von fast 30 Jahren im Dienste der Schweizerinnen und Schweizer. Als Gemeinderätin, Kantonsrätin, Regierungsrätin und noch vor kurzem als Ständeratspräsidentin hat sie ihr Können bewiesen. Auch in

An der ersten Delegiertenversammlung 2019 haben die Delegierten in Biel ihrem alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann für sein enormes Engagement im Dienst unseres Landes und unserer Partei gedankt und ihn würdevoll verabschiedet. Der Elektroingenieur und ehemalige Unternehmer konnte trotz Wirtschaftskrise die Erwerbsquoten hochhalten. Er hat den weltweiten Spitzenplatz als Innovationsstandort ausgebaut, zahlreiche Freihandelsabkommen ausgehandelt und die Schweiz ins digitale Zeitalter geführt. «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren», so der alt Bundesrat in seiner Abschiedsrede. Die Delegierten dankten es ihm mit mehreren stehenden Ovationen.

### Warmes Willkommen für Karin Keller-Sutter

Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang. So haben die Delegierten ihre neue Bundesrätin, Karin Keller-



Ein emotionaler Moment: Die Delegierten danken und verabschieden den verdienten Bundesrat mit stehenden Ovationen.

der Wirtschaft ist sie bestens verankert, etwa durch ihr Engagement im Vorstand des Arbeitgeberverbands oder durch ihre Arbeit im Rahmen von mehreren Verwaltungsratsmandaten. Die FDP ist stolz auf sie und freut sich darüber, dass sie die freisinnigen Werte im Bundesrat vertritt.

### Sehr deutliche Zustimmung zur AHV-Steuvorlage und zur Waffenrichtlinie

Einstimmig haben die Delegierten die Zersiedelungs-Initiative abgelehnt, über die wir am 10. Februar zu bestimmen haben. Sie liefert keine Antworten auf die dringendsten Probleme der Raum-

## «Es war mir eine Ehre, mich für dieses Land, für unser Petit Paradis, zu engagieren.»

Johann Schneider-Ammann

planung. Eine deutliche Ja-Parole fassten sie aber mit 296 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen für die AHV-Steuvorlage. Mit diesem Paket wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für Hunderttausende Arbeitsplätze in der Schweiz gewährleistet.

Nach einer spannenden Debatte haben die Delegierten dann auch die Änderung der EU-Waffenrichtlinie mit 250 zu 46 bei 5 Enthaltungen angenommen. Sie wollen das für die Sicherheit in der Schweiz so wichtige Schengen-Abkommen nicht gefährden und betrachten die Änderungen für die Schützinnen und Schützen als zumutbar.



«Die Menschen erwarten von der Politik nicht, dass sie ihnen alle Sorgen abnimmt. Aber sie erwarten von uns, dass wir sie in ihrer persönlichen Freiheit nicht noch mehr einschränken», ist unsere neue Bundesrätin Karin Keller-Sutter überzeugt.



Die Partei schenkte ihrer neuen Bundesrätin ein grosses Bild des Säntis, das ihre Heimat Ostschweiz symbolisieren soll. Petra Gössi scherzte: «Zum Glück sind die Büros der Bundesräte gross.»



Unsere Präsidentin hat nicht nur die Delegierten auf das Wahljahr eingeschworen, sondern in Biel auch noch ihren Geburtstag gefeiert. Die Blumen nahm sie dankbar entgegen.



Petra Gössi übergibt Johann Schneider-Ammann eine Gutschein-Box für Ausflüge mit seinen Enkelkindern.

# Engagierte Nachwuchstalente – Investition in die Zukunft

## Mentoringprogramm der FDP Schweiz

Im Juni 2019 startet das neue Mentoringprogramm der FDP Schweiz. Das Programm wird in zwei Ebenen angeboten. So richtet sich ein Programm gezielt an junge Persönlichkeiten, die erst am Beginn ihrer Politkarriere stehen. Das zweite Programm strebt eine Unterstützung von Politikern an, die schon in einem Amt tätig sind und eine nationale Karriere anstreben.



Teilnehmende des Bachelorprogramms am Kickoff, zusammen mit dem damaligen Fraktionspräsidenten, Bundesrat Ignazio Cassis, Präsidentin Petra Gössi und Generalsekretär Samuel Lanz.

Das Programm «Bachelor» richtet sich an Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die evtl. bereits auf kommunaler Stufe aktiv sind. Diese Jungpolitiker sollen für ein kantonales Amt (Legislative sowie Parteikader) vorbereitet werden. Die Jungpolitiker erhalten während zweier Jahre eine Betreuung, die ihnen ermöglichen soll, sich ein Netzwerk, das nötige Fachwissen und Kompetenzen aufzubauen. Jeder Teilnehmer erhält einen kantonalen Mentor, der darum bemüht ist, dem Mentee ein Netzwerk im Kanton zu eröffnen. Ebenso werden die Teilnehmer von ihrer Kantonalpartei tat-

kräftig unterstützt, gefördert und betreut. Fleissige Bachelormentees können sich nach einem Jahr für das Masterprogramm bewerben. Pro Ausbildungsgang sind 15 bis 20 Mentees möglich.

### Gezielte Förderung

Mit dem Masterprogramm sollen aussichtsreiche Politikerinnen und Politiker auf ein Mandat in der nationalen Legislative, der kantonalen Exekutive oder der nationalen Partei vorbereitet werden. Das Programm bietet ausgewählten Personen die Möglichkeit, sich mit wichtigen Personen zu vernetzen

und so an ein Netzwerk, finanzielle Unterstützung und überregionale Beachtung zu kommen, um erfolgreich kantonale Regierungswahlkämpfe und nationale Wahlkämpfe zu bestehen.

Jeder Teilnehmer erhält einen nationalen Mentor. Den Teilnehmenden wird eine individuell angepasste Förderung ermöglicht. Pro Durchgang können maximal 6 Personen teilnehmen. Das Programm dauert zwei Jahre.

Mit dem Mentoringprogramm sollen junge Politiker so geschult werden, dass sie für kantonale oder nationale Ämter vorbereitet sind. Sie verinnerlichen die liberale Strategie, Werte und die Ausrichtung und können die liberale Politik nach aussen tragen.

### Wertvolle Einblicke, grosse Plattform

Durch das Programm erhält die Partei Nachwuchskräfte, die auf einem vergleichbaren Level ausgebildet sind. Die Mentees erhalten auch die Gelegenheit, aktiv bei den Kampagnen, Wahlkämpfen oder bei der Parteikommunikation mitzuwirken. So können sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen und erhalten eine wertvolle Plattform in ihrer Region oder sogar der ganzen Schweiz. Gleichzeitig helfen sie mit, wichtige Inhalte der FDP hinaus in die Kantone und Ortsparteien zu tragen.

Die Ausschreibung startet Anfang Februar – die Kantonalparteien und die FDP Schweiz freuen sich auf zahlreiche Bewerbungen. Für weitere Informationen können Sie sich gerne an Ihre Kantonalpartei oder direkt an die FDP Schweiz wenden.

### Anforderungen

- › Politisch aktiv auf kommunaler (Bachelor) oder kantonalen Ebene (Master)
- › Ab 18 Jahre
- › Ausserordentliches politisches Interesse
- › Ehrgeiz, Zielstrebigkeit
- › Bereitschaft, während 2 Jahren grosses persönliches Engagement zu leisten
- › Grosse Flexibilität mitbringen; viele Anfragen sind kurzfristig

Ja zur AHV-Steuvorlage

## Standortattraktivität der Schweiz verbessern

Ein weiteres Hinauszögern einer Reform der Unternehmenssteuern wäre sehr riskant, denn es würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und viele Arbeitsplätze gefährden. Die AHV-Steuvorlage sichert einen starken Standort Schweiz und gibt den Unternehmen die dringend benötigte Rechts- und Planungssicherheit.

Eines ist nach dieser Legislatur klar: Grosse Würfe sind dem Parlament nicht gelungen. In den Medien war nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Reform Altersvorsorge bereits von einer verlorenen Legislatur die Rede. Doch deswegen die Segel streichen dürfen wir nicht – das Problem der international nicht mehr akzeptierten Steuerregimes besteht noch immer und kann mit einer Annahme der AHV-Steuerreform gelöst werden. Eine rasche Lösung ist noch wichtiger geworden. Ein weiteres Hinauszögern ist unweigerlich mit unverantwortlichen Risiken verbunden – kommt die Schweiz von der grauen auf die schwarze Liste der Steuerländer, steht die

Standortattraktivität der Schweiz auf dem Spiel. Dieses Risiko ist für die international vernetzte Schweiz und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze nicht tragbar. Nur eine zeitnahe Reform stellt sicher, dass die Schweiz auch in Zukunft einer der wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte bleibt und so weiterhin zu den attraktivsten und innovativsten Ländern der Welt gehört. Die AHV-Steuvorlage ist deshalb eine Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während sie zum einen international nicht mehr akzeptierte Steuerregimes abschafft und damit einen reinen Tisch macht, entwickelt sie zum anderen international unbestrittene Regelungen weiter, sodass die Schweiz auch wei-

terhin ein attraktiver Steuer-, Forschungs- und Arbeitsplatz bleibt. Mit dieser Reform erhalten alle Unternehmen Rechts- und Planungssicherheit. Ermöglichen wir also eine geordnete Standortverbes-



Ruedi Noser

serung, welche im Unterschied zur Unternehmenssteuerreform III sozial abgedeckt ist, und sagen Ja zur AHV-Steuvorlage.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Abstimmungen

## Das Waffengesetz – was steckt dahinter?

Aufgrund verschiedener Terroranschläge in Europa und deren länderübergreifender Kriminalität haben die Schengen-Staaten beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum anzupassen.

Der illegale Waffenhandel soll besser bekämpft und die Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen besser gewährleistet werden. Auch der polizeiliche Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen Mitglied hat auch die Schweiz ihr Waffenrecht weiterentwickelt. Gegen dieses Gesetz wurde das Referendum ergriffen.

Beim Waffengesetz umstritten ist die verschärfte Bedingung für den Erwerb und den Besitz halbautomatischer Waffen. Diese Waffen gelten neu als verboten. Eine Ausnahme vom Verbot bildet die von der Armee übernommene Armeewaffe. Obwohl die Armeewaffe zu den halbautomatischen Gewehren gehört, wurde sie vom Gesetz ausgenommen. Ein Sturmgewehr, das der Armeeangehörige nach dem Ende der Dienstzeit übernimmt, fällt daher nicht in die Kategorie der verbotenen Waffen. Für den Schützen, der mit seiner Armeewaffe trainiert, ergeben sich folglich keine Änderungen. Erst bei einem Weiterverkauf braucht es eine Bewilli-

gung für den neuen Käufer. Mit dem neuen Waffengesetz wird zudem von Sammlern und Museen verlangt, dass ihre halbautomatischen Waffen sicher aufbewahrt werden.

Minimale Änderungen

Somit ist klar: das befürchtete Ausmass der Änderung des Waffengesetzes hält sich in engen Grenzen, mit welchen gezielt die Sicherheit verbessert werden soll. Zudem sichern wir mit dem Waffengesetz unsere Schengen-Mitgliedschaft, die für die innere Sicherheit der Schweiz absolut zentral ist. Diese wären mit dem automatischen Austritt aus Schengen verloren, wenn die Schweiz ihr Waffengesetz nicht anpasst.

Corina Eichenberger  
Nationalrätin AG



Nach einer interessanten Podiumsdiskussion (von links: NR Corina Eichenberger, NR Philippe Nantermod, NR Jean-Luc Addor) sprachen sich die FDP-Delegierten deutlich für ein Ja zur Waffenrichtlinie aus.



# Bauzonen nicht einfrieren

Nein zur Zersiedelungs-Initiative

Die Grünen wollen mit der Zersiedelungs-Initiative Bauzonen ohne jegliche zeitliche Beschränkung einfrieren. In populistischer Manier stellen sie sich als «wir gegen alle» im Kampf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung dar. Dabei ist völlig klar, dass wir mit unserem Boden haushälterisch umgehen müssen und dass das nicht nur ein Anliegen der Grünen ist. In der Raumplanung braucht es einen vernünftigen Spielraum – die radikale Zersiedelungs-Initiative ist daher abzulehnen.

Wer ökonomisch denkt, denkt auch ökologisch – selbstverständlich auch in der Raumplanung. Die Zersiedelungs-Initiative liefert keine Antworten auf deren Probleme. Im Gegenteil, die Initiative schränkt den Handlungsspielraum der Kantone ein, um wirksam gegen die Zersiedelung vorzugehen und auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen der Zukunft zu reagieren. Der Bundesrat wie auch das Parlament empfehlen die Initiative deshalb deutlich zur Ablehnung.

### Raumplanung als Wahlkampf

Die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwick-

lung», auch einfach Zersiedelungs-Initiative genannt, kommt am 10. Februar 2019 zur Volksabstimmung. Artikel 75 der Bundesverfassung soll um vier Absätze erweitert werden und erreichen, dass die Bauzonen in der Schweiz nicht mehr weiter zunehmen, respektive es soll nur eine neue Bauzone geben, wenn mindestens eine gleich grosse Fläche mit vergleichbarer Bodenqualität ausgezont wird. Hinzu kommen Bestimmungen zur Siedlungsverdichtung und zur staatlichen Förderung «nachhaltiger» Quartiere. Damit wird klar: Es geht den Grünen darum, das zukünftige Wohnen zentralistisch zu lenken und den Handlungsspielraum der Kantone und Gemeinden einzuschränken. Es geht

den Initianten aber hauptsächlich um Wahlkampf. In einem Strohfeuer der Unwahrheiten positionieren sie sich als einzige Kraft, die etwas gegen die Zersiedelung unternimmt.

### Raumplanungsgesetz wirkt

Die eidgenössischen Räte haben 2012 eine Revision des Raumplanungsgesetzes beschlossen. Die strengen Massnahmen, die es enthält, wurden in einer Volksabstimmung bestätigt und sind am 1. Mai 2014 in Kraft getreten. Die Folgen dieser Regulierung zeigen bereits erste Effekte: Die Bauzonenfläche pro Kopf nimmt dank der Siedlungsentwicklung nach innen und einer effizienteren Flächennutzung ab. Auch die am 11. März 2012 vom Volk angenommene Zweitwohnungsinitiative hat einen dämpfenden Effekt auf die Zersiedelung. Die Bautätigkeit ist deshalb in den Gebieten mit hohem Zweitwohnungsanteil – speziell in den touristischen Berggebieten – rückläufig. Die Behauptungen der Grünen, wir hätten ein Raumplanungschaos und die bisherigen Massnahmen mit den überarbeiteten kantonalen Richtplänen und den angepassten kantonalen Planungs- und Baugesetzen zeigten keine Wirkung, sind klar falsch.

### Spielraum bewahren

Heute lässt sich kaum abschätzen, wie die räumlichen Bedürfnisse in einem digitalisierten Zeitalter aussehen werden. Es braucht gerade in der Raumplanung eine gewisse Flexibilität. Eine Güterabwägung muss immer möglich sein. Denn es ist offen, wie sich Mobilität, Logistik, Industrie, Dienstleistungen, Wohnformen u. Ä. entwickeln und welche Raumbedürfnisse sie haben werden. Ein Nein zur Zersiedelungs-Initiative bedeutet, sich in der Raumplanung einen vernünftigen Spielraum zugunsten der in unserem Land wohnenden und arbeitenden Menschen zu bewahren.

**Hansjörg Brunner,**  
Nationalrat TG

### Befürworter

Grüne, JUSO, Alternative Linke Bern, SP und Umweltorganisationen

### Gegner

FDP, Jungfreisinnige, SVP, CVP, BDP, grünliberale, Schweizerischer Gewerbeverband, Baumeisterverband, Centre Patronal, Economiesuisse, Schweizer Bauernverband, Hotelleriesuisse, Versicherungsverband, Hauseigentümerverband, Fédération romande immobilière, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete

# Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

10. FEBRUAR

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.  
Änderung der EU-Waffenrichtlinie

# AGENDA

1. bis 3. Februar

Wahlkampf-Trainingscamp (Aarau)  
und 125-Jahr-Jubiläumsfeier der FDP (Olten)

10. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. Mai

Delegiertenversammlung in St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

Überflüssig  
& unnützlich!

Radikale  
Zersiedelungs-Initiative  
NEIN

[www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch](http://www.radikale-zersiedelungs-initiative-nein.ch)

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) | [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Layout:

LZ Print | E: [kontakt@lzprint.ch](mailto:kontakt@lzprint.ch)

Druck:

NZZ Media Services AG

T: 071 272 72 06 | E: [print@nzz.ch](mailto:print@nzz.ch)

**FDP**  
Die Liberalen

Save the Date

**Tag der FDP 2019**

Gemeinsam weiterkommen.

**31. August 2019**

**Schachenhalle Aarau**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)



**KRAFTWERK  
ZÜRICH**

**12. APRIL  
(GANZTÄGIG)**

Save the Date

**Urban Innovation Day II**

**Die Smart City Konferenz für Schweizer und internationale Startups**